

Bedrohung durch einen Atomkrieg? Eine Schimäre!

Ein Blick in das nukleare Zeitalter

Lutz Kleinwächter

Angesichts der globalen Konflikte, der Weiterverbreitung der Nukleartechnologie, der Stagnation bei den Rüstungsbegrenzungen sowie der laufenden Modernisierung der Nuklearwaffen ist die jüngere Militärgeschichte aufzuarbeiten. Das gilt besonders für das nukleare Zeitalter von 1945 bis zur Gegenwart. Es geht um zivilisationsfeindliche Militärdoktrinen sowie die realen und fiktiven nuklearen Kriegsgefahren. Dabei sollten die vordringlich politisch-ideologisch geprägten Handlungsmuster der nuklearen „Abschreckung“ und „Bedrohung“ neu bewertet werden.

Die Führung eines Nuklearkrieges war und ist nicht im Interesse eines Staates, der über Kernwaffen verfügt. Eine direkte „aktive Nuklearkriegsbedrohung“ bei praktischer Vorbereitung eines atomaren Angriffskrieges war bislang kein Ziel irgendeiner Staatsführung. Es handelte sich primär um eine gegenseitige, spiegelbildlich dem politischen Gegner untergeschobene, oftmals diffamierende Behauptung, die wiederum wechselseitig als aggressive Perzeption falsch wahrgenommen und / oder dazu aufgebauscht wurde. Die offensive Nuklearbewaffnung und ihre „passive Abschreckungswirkung“ waren und sind auf allen Seiten ein Instrument der Politik, um die eigene System- und staatliche existenzielle Sicherheit von außen militärisch nicht infrage stellen zu lassen. Bedrohungslegenden wurden primär als Disziplinierungsinstrument der Innenpolitik eingesetzt, waren aber keine äußere Realität. Die „Systembedrohung“, eher Systemdestabilisierung, stellten innenpolitische, primär sozial und ökonomisch bedingte Faktoren dar, insbesondere für den Osten, wie die gesellschaftliche Implosion und Transformation ab Mitte der 1980er-Jahre zeigten. Dies ist auch für den Westen relevant, etwa sichtbar an anhaltenden Wirtschaftskrisen, neuartigen Systembrüchen und gesellschaftspolitischen Radikalisierungen.¹

Umfangreiche Studien, mannigfaltige Kriegsplanungen, journalistische Aufblähungen, Geschichten, Märchen, (Science) Fiktion, sie alle gehen am Wesen, an der Realität eines nicht gewollten und nicht stattfindenden

¹ Vgl. Kleinwächter, Lutz (2010): Deutschland – Bedrohungsperzeptionen und Machtstrategien. In: Crome, Erhard (Hrsg.) (2010): Perspektiven für eine sichere Welt. Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin, S. 129–138, S. 129 ff.

Kernwaffenkrieges vorbei. Die Archive der Geheimdienste und der Militärs werden nur selektiv geöffnet. Die eigene Bevölkerung und die der Gegenseite werden manipuliert. Entscheidend ist nicht, was Militärtheoretiker, Wissenschaftler und Medienvertreter artikulieren, sondern letztlich die Realpolitik, das praktische Handeln der politischen und militärischen Führungen. Egal wie zugespitzt die Beziehungen waren, wie heiß der Kalte Krieg war, in extremen Krisen zwischen den Kernwaffenmächten wurde verhandelt, die Atomwaffe aber nicht (wieder) eingesetzt.

Schlüsselergebnisse

1945 – Der US-Atombombeneinsatz gegen Hiroshima und Nagasaki. Die Wirkung der atomaren Massenvernichtungswaffe war verheerend. Japan kapitulierte. Der Einsatz löste einen Zivilisationsschock aus, der seitdem an Wirkung eher zugenommen hat. Er prägt durch seine mörderische Lebensbedrohung großer Massen das Tiefenbewusstsein der Menschheit, ähnlich den mittelalterlichen Pestseuchen, dem Dreißigjährigen Krieg, den zwei Weltkriegen und dem Holocaust. Die Möglichkeit einer nuklearen Auslöschung (großer Teile) der menschlichen Zivilisation rückte dauerhaft in das Handlungsbewusstsein der Eliten.

Angesichts einer sowjetischen Überlegenheit im militärisch-konventionellen Bereich versuchten die USA, das militärische Kräfteverhältnis in der Nachkriegszeit durch Kernwaffen auszugleichen. Sie verfolgten eine Politik des „Containment“, keine militärische „Roll-Back“-Strategie. Die Eindämmung des sowjetischen Machtbereichs und die Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären bei einer bipolaren Weltaufteilung standen im Zentrum. Es ging nicht um einen offensiven militärischen Systemwechsel.

1949/50 Verlust Kernwaffenmonopol. Unmittelbar mit dem Verlust der nuklearen Monopolstellung durch die sowjetischen Atom- und Wasserstoffbombentests 1949/50 begann in den USA und in der NATO ein Übergang von der kriegserwartenden Nuklearstrategie des „massiven Gegenschlags, der Vergeltung“, zur kriegsverhindernden „Strategie der Abschreckung“. So gaben bereits 1954 der sowjetische Ministerpräsident Malenkow (12.3.) und US-Präsident Eisenhower (20.10.) sinngleiche Erklärungen ab, dass ein neuer Weltkrieg den „Ruin der Weltzivilisation“ bedeuten würde.² In den Führungen reifte ein Bewusstsein für die katastrophalen, nicht akzeptierbaren

2 Vgl. Kahn, Helmut W. (1986): Der Kalte Krieg. Bd. 1, 1945 bis 1955. Pahl-Rugenstein, Köln, S. 280.

Folgen eines Kernwaffenkrieges für das eigene Land und die menschliche Zivilisation. Konterkariert wurde dies jedoch durch gegenseitige politisch-ideologische Unterstellungen von Angriffsvorbereitungen, geleitet von der militärisch-konventionellen These: „Angriff ist die beste Verteidigung“. Die folgende doktrinäre Schwerpunktsetzung konzentrierte sich auf begrenzte, „kleine“ (Nuklear-)Kriege, bei Hintanstellung eines globalen Kernwaffenkrieges. Im Oktober 1957 erklärte US-Außenminister J. F. Dulles, dass „die USA und ihre Verbündeten, wenn örtliche Konflikte ausbrächen, die notwendigen Maßnahmen treffen müssten, ohne dass unser Vorgehen einen allgemeinen Atomkrieg provoziert“.³ Auch diese nuklear begrenzten Kriegsvarianten fanden keinen nachweisbaren Eingang in die praktische politische Entscheidungsfindung der westlichen wie östlichen Führungen. Die Schwelle für den Übergang in einen globalen Kernwaffenkrieg war (und ist) nicht zuverlässig bestimmbar, das selbstmörderische Eskalationsrisiko zu groß.

1951–1953 Koreakrieg. Trotz einer nuklearen Monopolposition der USA lehnte bereits Präsident Truman einen Krieg mit China und der Sowjetunion ab. Der kommandierende General für den Koreakrieg, MacArthur, wurde von ihm nach dessen Forderung eines „totalen Krieges“ inklusive Atomwaffeneinsatz im April 1951 entlassen.

1954 Endphase des Indochinakriegs Frankreichs. Im Zusammenhang mit der Entscheidungsschlacht um Dien Bien Phu erwartete das NATO-Mitglied Frankreich von den USA Militärhilfe. US-Außenminister und -Militärführung erwogen u. a. den Einsatz von „Baby-Atombomben“. Präsident Eisenhower verweigerte jedoch die US-Unterstützung. Im Mai 1954 fiel Dien Bien Phu und Frankreich kapitulierte.

1956–1957 Suezkrieg. Großbritannien, Frankreich und Israel überfielen Ägypten nach der Verstaatlichung des Suez-Kanals. Beide, die USA und die Sowjetunion, waren gegen diesen Krieg. Abgestimmt übten sie militärischen Druck auf die Interventionsstaaten aus. In einer Botschaft von Ministerpräsident Bulganin an Präsident Eisenhower im November 1956 heißt es, dass beide Staaten „ständige Mitglieder des Sicherheitsrates und zwei Großmächte sind, die über alle modernen Waffenarten, einschließlich Atom- und Wasserstoffwaffen, verfügen“, mit dem Verweis auf die Kriegsflotten im Mittelmeer und dass ihr „gemeinsame[r] und unverzügliche[r] Einsatz [...] eine sichere Garantie für die Einstellung der Aggression“⁴ sein würde. Die

3 Sokolowski, Vasilij.D. (1965): *Militär-Strategie*. 2. Aufl. Markus-Verlag, Köln, S. 109.

4 Stoecker, Helmut (Hrsg.) (1968): *Handbuch der Verträge 1871–1964. Verträge und andere Dokumente aus der Geschichte der internationalen Beziehungen*. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin, S. 624.

Invasion wurde eingestellt. Im Ergebnis dieser abgestimmten Drohhpolitik beider Großmächte orientierte sich Großbritannien (Kernwaffentest 1950) auf eine engere nukleare Kooperation mit den USA, während Frankreich (1960) und Israel (1967) in nur wenigen Jahren eigenständig Nuklearwaffentests durchführten und unabhängige Kernwaffenstreitkräfte aufbauten. Die nuklear-militärische Weiterverbreitung begann.

1962 Kubakrise. Mit dem Ziel einer „gegenseitigen Abschreckung“ stationierte die Sowjetunion, im Ausgleich gegen US-Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite in der Türkei und Italien, Nuklearwaffen auf Kuba. In der US-Führung kam es zu Auseinandersetzungen über diplomatische und militärische Gegenmaßnahmen (einschließlich einer nuklearen Eskalation). Die realistische Kennedygruppe setzte sich durch. Eine Seeblockade Kubas wurde mit Kompromissangeboten an die Sowjetunion gekoppelt. Nach Zuspitzung kam es zum sowjetisch-US-amerikanischen Grundsatzdeal: Die Existenz Kubas wurde garantiert (auch mit Blick auf Berlin) und die nuklearen Mittelstreckenraketen aus Kuba in der Türkei und Italien abgezogen.⁵ Die Kubakrise war immer eine Kuba-Berlin-Krise. In diesem Gesamtzusammenhang einigten sich die USA und die Sowjetunion keine Raketenkernwaffen an die Bundesrepublik respektive China zu übergeben. Es kam zum sowjetisch-chinesischen Bruch und China testete 1964 eigene Kernwaffen. Darüber hinaus verständigten sich die USA und die Sowjetunion 1963 über die Einrichtung einer direkten Nachrichtenverbindung („Rotes Telefon“), für den „Gebrauch in Zeiten eines Notstandes“.

1963–1968 Mutual Assured Destruction (MAD). Konzeptionelle Vorstellungen einer nuklearen „Minimalabschreckung“ von Eisenhower/Kennedy und Chruschtschow konnten sich weder in den USA noch in der Sowjetunion gegen die Hardliner durchsetzen. Die quantitative und qualitative Hochrüstung eskalierte in den 1960er-Jahren und schuf gigantische nuklearstrategische „Overkill“-Kapazitäten. Sie führten zur Realität einer von US-Verteidigungsminister McNamara 1967 konstatierten „gegenseitig gesicherten Zerstörung“. Damit wurde die passive „Abschreckung“ übermächtig sowie die gegenseitige aktive „Bedrohung“ unglaubwürdig und militärpolitisch wirkungslos. Der nukleare Faktor war überdehnt und ein erzielbarer Nuklearkriegsnutzen nicht mehr gegeben. Beeinflusst von der Veränderung hin zum nuklearen Patt und parallel dazu, begann zögerlich

5 Vgl. Krämer, Raimund (2012): Die Karibik-Krise vom Oktober 1962. Eine Collage. 2. Auflage. WeltTrends, Potsdam.

die Ära multi- und bilateraler Rüstungsbeschränkung: das Sorin-McCloy-Abkommen über Prinzipien für Abrüstungsverhandlungen (1961), das Atomteststoppabkommen (1963), der Atomwaffensperrvertrag (1968). Der multilaterale Versuch, ein Regime der Eindämmung militärischer Nukleartechnologie zu schaffen, konnte sein Hauptziel nicht erreichen, weil das De-facto-Diskriminierungsregime der Nuklearmächte USA, Sowjetunion und Großbritannien das sich verändernde politische und militärtechnische Kräfteverhältnis nicht berücksichtigte. Die Anzahl der Kernwaffenstaaten erhöhte sich: Israel (1967), Indien (1974), Pakistan (1979), Nordkorea (2006) und eine zunehmende Anzahl weiterer Staaten verfügen über die Voraussetzungen für Nuklearwaffen. Bei diesen „neuen kleinen“ Nuklearstaaten ist eine regionale „Abschreckung“ zum vermeintlichen Selbstschutz sowie als Verhandlungstrumpf zentrale Funktion ihrer Kernwaffen. Aktuelle Regionalkrisen- und -kriege oder „nukleare Bedrohungen“ durch sogenannte „Terrorstaaten“ wie etwa Iran und Nordkorea stellen dabei ein vielschichtig motiviertes Ersatzfeindbild dar. Sie sind weder real noch existenziell bedrohlich für die globale Zivilisation.

1969–1974 Durchbrüche in der Nixon-Breschnew-Periode. Mit seinem Amtsantritt proklamierte Nixon eine „Ära der Verhandlungen“. Es ging um die Normalisierung der Beziehungen mit China (1972), die Beendigung des Vietnamkrieges (1965–1973) und eine „Friedenspartnerschaft“ mit der Sowjetunion. Die „Containment“-Politik wurde aufgegeben und beide Seiten bekundeten 1972, dass „es im Atomzeitalter keine Alternative zur Basis der friedlichen Koexistenz für ihre Beziehungen gibt“.⁶ Auf globaler Ebene setzte sich in den 1970er-/ 1980er-Jahren eine widersprüchliche Entspannungsphase durch. Von Bedeutung war dabei die bilaterale nuklearstrategische Rüstungsbegrenzung und -reduzierung (SALT/START 1969–2010).

1985–1988 Nukleare Abrüstung unter Reagan/Gorbatschow. Zunächst kam es zu einer beidseitigen Eskalation des Wettrüstens und seine Ausdehnung auf den Weltraum mit der 1983 durch die USA initiierten Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI). Jedoch folgte dem eine außerordentlich intensive Gipfeldiplomatie von US-Präsident Reagan und dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow.⁷ Es gelang ein drastischer quantitativer Durchbruch bei der nuklearstrategischen Rüstungsreduzierung

6 Kahn, Herman (1987): Der Kalte Krieg, Bd. 2, 1955 bis 1973. Pahl-Rugenstein, Köln, S. 334.

7 Vgl. Müller, Manfred / Kleinwächter, Lutz (1989): Gipfeldiplomatie. Ausgewählte Dokumente und Chronik zu den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen und Gipfeltreffen, Januar 1985–Juni 1988. Staatsverlag der DDR, Berlin.

(1985) und ein qualitativer Erfolg mit der Abrüstung der Mittelstreckenraketen in Europa (1987, INF-Vertrag).

Die gegenwärtige Trump-Administration versucht, an die offensiven, aus ihrer Sicht erfolgreichen Regierungszeiten von Nixon und Reagan anzuknüpfen und auf Großmächtebene die politische und vor allem die ökonomische Weltmachtrolle der USA zu reaktivieren. Der nuklearmilitärische Faktor spielt dabei – abgesehen von seiner Modernisierung – eine untergeordnete Rolle. Drastisch geht Trump gegen eine Etablierung neuer Kernwaffenstaaten vor, bei besonderer Berücksichtigung ihrer die USA erreichenden Raketen. Die Aufkündigung des Iran-Deals und die Forderungen an Nordkorea sind dafür symptomatisch. In der jüngsten Propagandakampagne ist die irrige „Kalte-Kriegs-Legende vom Roten (Atom-)Knopf“ öffentlich geworden. Im schwarzen Koffer des Präsidenten befindet sich das „Black Book“, seit Präsident Carter eine Seite mit Handlungsoptionen sowie Codes, an denen sich der Präsident orientieren und gemeinsam mit der US-Militärführung den Nukleareinsatz einleiten könnte. Durch Zufall, individuelle Schwächen oder Ähnliches findet kein Atomangriff statt.

Eine zentrale Lehre des Kalten Krieges ist, dass die „aktive nukleare Bedrohung“ eine Schimäre, ein Wechselbalg politisch-ideologischer Werte und Fiktionen ist. Diese „Bedrohung“ war im Kalten Krieg primär durch Phobien bei der Perzeption der Gegenseite geprägt. Eine aktiv betriebene, reale militärische Systembedrohung zwischen den USA und der Sowjetunion, zwischen NATO und Warschauer Pakt, hat es im Kalten Krieg nicht gegeben. Das Vehikel der gegenseitigen „passiven nuklearstrategischen Abschreckung“ und eine beidseitige dominante Realpolitik funktionierten. Aktuelle Technologien wie Robotik, Digitalisierung oder künstliche Intelligenz haben daran nichts geändert. Die Problematik hat sich durch den nicht aufhaltbaren Prozess der Weiterverbreitung der zivilen (militärisch nutzbaren) Nukleartechnologien jedoch verkompliziert. MAD bleibt, ohne Illusionen und im höchsten Grade, unkalkulierbar. Auf diese Konstante der Instabilität ist Verlass. 🌐

Prof. Dr. Lutz Kleinwächter

geb. 1953, Politikwissenschaftler, bbw Hochschule der Wirtschaft, Berlin; 1989–90 Teilnehmer am Runden Militärtisch; Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit (SES); Vorsitzender des WeltTrends e.V.

L.Kleinwachter@welttrends.de

